



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 888 890

F/XI/202 - 3. September 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

Ausreden wegen Preistreiberei	S. 1
Französische Überlegungen zur Suez-Krise	S. 3
Truppe und Parlamentskontrolle	S. 5
Halbzeit in Schleswig-Holstein	S. 6

## Auch Erhard gibt dem Verbraucher die Schuld

F.B. Nach dem Bundeskanzler und der Bundesernährungsminister hat sich anlässlich der Eröffnung der Frankfurter Messe auch der Bundeswirtschaftsminister in den Kreis der Minister gestellt, die den Verbrauchern die Schuld an den hohen Preisen in die Schuhe schieben wollen. Erhard meinte, dass die steigenden Preise in der Bundesrepublik überwiegend nur aus einer übersteigerten Lebensführung aller Bevölkerungskreise entstanden wären und forderte die Bundesrepublikaner auf, in der Lebensführung künftig bescheidener zu sein.

Man kann sich vorstellen, wie es einem Rentner in der Bundesrepublik zumute sein muss, - und es gibt annähernd 10 Millionen, die von Renten-Unterstützungen und Fürsorgeleistungen leben müssen-, wenn er diese Weisheiten liest, einem Menschen, der vielleicht mit DM 100,- Rente nur einmal in der Woche ein Stück Fleisch in den Topf bekommt und für den der Kauf von Winterschuhen ein schier unlösbares Problem darstellt.

Unsere Bundesminister sollten mit dieser törichten Stimmungsmache endlich Schluss machen. Der Butterverbrauch hat beispielsweise noch nicht einmal den Vorkriegsstand erreicht und der Kaffee-, Tee- und Schokoladeverbrauch, also alles das, was man immer noch zu Unrecht als Genussmittel bezeichnet, liegt infolge der hohen Steuern noch weit unter dem Vorkriegsstand.

Im übrigen will man mit solchen Reden nur vom eigenen Versagen

ablenken. Schuld an den hohen Preisen ist in Wahrheit die tatenlose Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, die aus der letzten Konjunkturdebatte nicht die geringsten Konsequenzen gezogen hat. Hätte man den sozialdemokratischen Vorschlägen entsprochen - Einführung des Preistreiberei-Paragrafen, Senkung der Zollsätze, Beschränkung der Einfuhr- und Vorratsstellen, Abbau der Einfuhrbehinderungen - dann wäre es durchaus möglich gewesen, die Preise festzuhalten.

Wie soll der Verbraucher sich in Fällen wie diesem vor überhöhten Preisen schützen: In Bayern zahlt man für ein Pfund italienische Tomaten 24 Pfennig, während in Bonn für die gleichen Tomaten 75 Pfennig gefordert werden. Wenn es also nach Erhard ginge, dann sollten die Verbraucher gerade in den Sommermonaten auf Tomaten verzichten. Dieses Beispiel lässt sich auf viele andere Nahrungsmittel ausweiten, die gerade für den sommerlichen Speisezettel entscheidend sind. Die Erhard'sche Forderung ist also in diesen Fällen nicht nur undurchführbar, sondern wäre auch volkswirtschaftlich schädlich.

Erhard hat in Frankfurt zwar angekündigt, er werde künftig jeden Gruppenegoismus in der Wirtschaft öffentlich anprangern und Untersuchungen über falsches Verhalten von Unternehmern vornehmen lassen. Ob der Bundeswirtschaftsminister tatsächlich glaubt, dass er damit seine Freunde noch ins Sockshorn jagen kann? Die haben schon längst spitz bekommen, dass Hunde, die so viel bellen, nicht beißen.

Auf jeden Fall muss energisch der zur Karie gewordenen Aussage unserer Minister entgegengetreten werden, dass das deutsche Volk letzten Endes für die Preistreiberei die Schuld trage. Die Bundesregierung täte besser daran, wenn sie den wahren Preistreibern endlich zuliebe rücken würde. Ob man im Hinblick auf die kommenden Wahlen dazu noch den Mut hat, ist mehr als fraglich, denn gerade diese Kreise finanzieren letzten Endes den Wahlkampf der CDU.

Truppen sollen Ägypten beeindrucken

l.o.-Paris

Während in Kairo über die Frage des Suezkanals verhandelt wird, sammeln sich französische und britische Truppen auf Zypern. Wer Soldaten und Kriegsschiffe demonstrativ in Erscheinung treten lässt, hat seit eh und je damit das Ziel verfolgt, einem politischen Gegner zu drohen. Man mag sich in der jetzigen Situation fragen, was die Franzosen veranlasst hat, diese Truppen-Demonstration zu inszenieren - gerade jetzt, da andere Formationen versuchen, des Aufstandes in Algerien Herr zu werden.

Nach Auffassung der überwiegenden Mehrzahl der Franzosen wird in einem Teil der ausländischen Presse die Suez-Situation falsch dargestellt. Es geht nach dieser Auffassung in erster Linie nicht darum, ob Ägypten einen rechtlichen Anspruch auf den Kanal hat oder nicht, obwohl auch diese Frage selbstverständlich recht bedeutsam ist. Sondern es geht darum, ob es wieder zugelassen werden soll, dass Politik ohne Rücksicht auf bestehende Verträge, durch "einseitige Lösungen" betrieben werden darf. Nicht die Forderung Nassers ist der eigentliche Stein des Anstoßes, sondern die Tatsache, dass er zunächst etwas fortnahm, was ihm nicht gehörte und dann erklärte, man solle sich jetzt über die Entschädigung einigen.

Das Zweite, was die Parteien erregt, ist die weitere Tatsache, dass Nasser, nachdem er das getan hat, was als Raub bezeichnet wird, entschied, wie er die eigentlichen Eigentümer entschädigen wolle - ganz abgesehen davon, dass jedermann weiss, wie geringfügig die Finanzmittel sind, die ihm überhaupt zur Verfügung stehen. Das dritte Ärgernis ist bekannt genug: Wenn Nasser Erfolg hat, werden alle "dynamisch" regierten Staaten ihm nachhelfen und das nationalisieren, was andere Nationen auf dem Gebiete jedes dieser Staaten an produktiven Einrichtungen geschaffen haben. Das erste Produkt, um das es dann ginge, wäre das Öl, das in arabischen Staaten gewonnen wird. Die Folgen wären für Europa und jeden Europäer nach der festen Überzeugung der Nasser-Gegner sehr bald am eigenen Geldebeutel zu spüren.

Ganz abgesehen jedoch von allen Rechtsfragen hat Frankreich noch besondere Veranlassung, sich gegen Nasser zur Wehr zu setzen: Ägypten

gilt als das Zentrum der arabischen Propaganda gegen Frankreich, von dem aus die Kämpfe geleitet werden, in die es in Nordafrika verwickelt ist. Aus dieser Tatsache haben Nasser und seine Freunde niemals ein Fehl gemacht. Von den Gefahren, die Nassers panislamische und panarabische Propaganda mit sich bringen, ist nur im Zusammenhang mit der Konzentrierung von französischen Truppen nicht die Rede - aber jedermann denkt an sie und weiss sie einzuschätzen. Der Schutz von Bürgern und Eigentum ist dabei, wie auch hier, stets einer der offiziellen Gründe gewesen, die, mit oder ohne volle Berechtigung, Staaten veranlasste, durch demonstrative Entsendung von Truppen oder Kriegsschiffen zu drohen

In Frankreich - und in England - wurde in den letzten Wochen mehrfach in der Öffentlichkeit die Frage gestellt, welchen Beitrag eigentlich die asiatischen und afrikanischen Völker in den letzten Jahrhunderten zur Förderung der Kultur, der Zivilisation oder auch nur des höheren Lebensstandards der Völker geleistet hätten. Die Antwort war einfach: keinen. Vielmehr hätten sie sich damit begnügt, andere, nämlich westliche und ganz besonders europäische, Nationen vor ihren Zivilisations-Wagen zu spannen und in vielen Fällen versucht - zum Teil mit vollem Erfolg - sich das, was geleistet worden war, anzueignen. Wer sich dies immer wieder gefallen liesse, sei jedoch rechtens ein Dummkopf und Schwächling zu nennen. Dies die vorherrschende französische Ansicht.

Nun, nachdem aus den verschiedensten Überlegungen in grossem Umfange Truppendemonstrationen organisiert worden sind, bleibt nicht viel anderes übrig, als abzuwarten, welche Folgen sie haben werden. Daran, dass Frankreich und England nur "bluffen" wollen, kann man angesichts der langen Überlegungszeit und der angewandten Mittel nur schwer glauben. Eher wollen sie Nasser zum Einlenken veranlassen und damit sein Prestige in der arabischen Welt verringern.

\* \* \*

Soldaten wollen den Wehrbeauftragten

sp. Die wachsenden Misstände und als ihre Folge die schleichende Vertrauenskrise in der Bundeswehr in ihrem Verhältnis zur jetzigen Regierung lassen in der Truppe den Wunsch wachsen, dass endlich die im Grundgesetz angekündigte Institution des Wehrbeauftragten auch wirklich geschaffen wird. Gerade die von vielen Parlamentariern der Regierungskoalition behauptete und gefürchtete Ablehnung dieser Institution durch die Truppe besteht überhaupt nicht. Zahlreiche Soldaten aller Dienstgrade wünschen den direkten Draht zum Parlament und hoffen von dort um Verständnis für die Sorgen und Nöte der Soldaten. Das zeugt von einem erfreulichen Vertrauen der Truppe in unsere demokratischen Einrichtungen.

Die vornehmste Aufgabe des Wehrbeauftragten in dieser Aufbauperiode wird die Kontrolle sein, in welcher Form die von Steuerzahler bewilligten Gelder angelegt werden sind. Wenn man etwa hört, (um ein Beispiel aus der Fülle anderer herauszugreifen), dass von 200 an eine Marine-Einheit gelieferten Stiefel 120 nach vier Tagen Tragezeit als unbrauchbar ausrangiert werden mussten, weil sie gummierte Pappsohlen haben, so wird es Aufgabe des Wehrbeauftragten sein, dafür zu sorgen, dass die Verantwortlichen für derartige Anschaffungen zur Rechenschaft gezogen werden und dass in Zukunft solche Misstände sofort dem Parlament zur Kenntnis gebracht werden.

Die Gesetzentwürfe über den Wehrbeauftragten haben bereits in 1. Lesung den Bundestag passiert. Es ist zu hoffen, dass die Bundestagsausschüsse diese für das Wohl der Truppe äusserst wichtigen Vorlagen vordringlich bearbeiten.

Oppositionelle Impulse

mu, Kiel

In diesen Tagen ist in Schleswig-Holstein Halbzeit. Das Koalitionskabinett von Hassel ist zwei Jahre im Amt und hat in der ersten Hälfte der Legislaturperiode eine äusserst wirksame sozialdemokratische Opposition gegen sich gesehen. Dieses Einwirken der Opposition hat die Regierung im Interesse des Landes in vielen beweisbaren Fällen "auf den richtigen Weg" gebracht.

In diesen zwei Jahren ist es dem CDU-Ministerpräsidenten von Hassel nicht immer leicht geworden, sein CDU/BHE/FDP-Koalitionskabinett zusammen zu halten. Es gehört auch nicht viel dazu, vorauszusagen, dass sich diese Spannungen im vorliegenden Jahr bis zur Bundestagswahl noch verschärfen werden. BHE und FDP, die in Bonn in der Opposition sind, müssen sich auch im Lande von der CDU "freirudern", um dem Wähler etwas vorzuzeigen.

Das Kabinett von Hassel begann vor zwei Jahren damit, dass im Landtag alle Ämter unter den drei Koalitionsparteien verteilt wurden, obwohl die SPD die meisten Wählerstimmen bekam und ebenso wie die CDU im Landtag über 25 Sitze verfügt. Erst nach langen und zähen Bestrebungen gelang es der Opposition, den entsprechenden Anteil an den Landtagsausschüssen zu bekommen und den Landtagsvizepräsidenten Ratz zu stellen. Die Opposition erhielt eine besondere Rolle, die sich in der hervorgehobenen Stellung von Oppositionsführer Käber ausdrückt; eine Regelung, die dem englischen Muster ähnelt.

Nachdem diese Voraussetzungen für eine wirksame Mitarbeit der SPD durchgesetzt worden waren, konnte die Partei auch in die praktische Politik eingreifen. Hier wurde einmal das immer stärker werdende Drängen nach einem Bedarfshaushalt für das unter dem Bundesdurchschnitt lebende Schleswig-Holstein sichtbar. Gewisse Erfolge sind nicht ausgeblieben, nachdem sich mehrfach übereinstimmende Erklärungen aller Landtagsfraktionen hinsichtlich stärkerer Bundeshilfen ermöglichen liessen. Auch im Drängen um eine bessere Finanzausstattung der Gemeinden hat die Opposition in diesen Jahren nicht nachgelassen und es ist ihr gelungen, einen Steuerverbund zu erreichen, der die Gemeinden an den steigenden Landes- und damit indirekt Bundeseinnahmen auch teilhaben lässt.

Gegenwärtig ist die Opposition bestrebt, unsinnige Auswirkungen

der Aufrüstung vor Lande Schleswig-Holstein abzuwehren, in Landtags-sitzungen, Ausschussberatungen und vielen Gesprächen hat sie sich vor allem gegen die kurzfristige Beschlagnahme von Kasernen gewandt. In einer Phase, da sich das mit reichlich fließenden billigen Baugeldern ausgestattete Bundesverteidigungsministerium anschickt, Schleswig-Holstein mit Flugplätzen, Übungsplätzen, Kasernen und Offizierskasinos zu spicken, geht der Kampf der Opposition jetzt darum, den finanzarmen Gemeinden zu billigen Baugeldern für Schulen, Gemeindewege oder Wohnungen zu verhelfen.

In die schleswig-holsteinische Landespolitik spielt immer ein wenig skandinavische Aussenpolitik hinein. Da ist einmal das Minderheitenproblem beiderseits der deutsch-dänischen Grenze. Hier nahm Ministerpräsident von Hassel (CDU) einen SPD-Vorschlag an, alle aufkommenden Probleme in einem halbparlamentarischen Minderheitenausschuss zu erörtern und bei der Landtagswahl in zwei Jahren die gegen die Minderheit gerichtete Fünf-Prozent-Sperrklausel nicht mehr zur Anwendung kommen zu lassen. Diese Regelung war der Ausgangspunkt einer Befriedung beiderseits der Grenze, welche die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein auf ihren echten Kern zurückführen dürfte.

In Norwegen und Dänemark werden auch in Erinnerung an eine böse Vergangenheit besonders alle marinepolitischen Äusserungen und Vorgänge äusserst kritisch registriert. Als eine voreilige Kieler Ratsversammlung durch Mehrheitsbeschluss Reeder, den Großadmiral Hitlers, zum Ehrenbürger machen wollte, griff die Opposition protestierend ein und aus einer chauvinistischen Machtdemonstration, die mit einem gross angelegten Marinetreffen verbunden <sup>werden sollte,</sup> wurde ein allgemeines Kameradschaftstreffen - wiederum auf Drängen der Opposition.

Die sozialdemokratische Opposition im Kieler Landtag wird in den nächsten zwei Jahren ihr Ringen um bessere Lebensverhältnisse im Lande und ihre Arbeit für unbelasteten Beziehungen zu den skandinavischen Nachbarn verstärken. Die Rolle der sozialdemokratischen Opposition in dem nördlichsten Lande der Bundesrepublik war beispielhaft konstruktiv. Das wird sich in ihrer Bewertung durch die Bevölkerung zunehmend positiv auswirken.

\* \* \*

Verantwortlich: Peter Raunau